

# Stoppt den Wahnsinn! Stoppt CETA



Wer sich für die Verteidigung der Grundrechte und eine solidarische Gesellschaft einsetzt, hat wahrlich viel zu tun: In Syrien herrscht Krieg, Zivilisten sterben, Krankenhäuser werden bombardiert, die Türkei steuert unter Erdogan auf eine Diktatur zu, oppositionelle Medien werden behindert, Journalisten und Juristen eingekerkert, in vielen europäischen Staaten ist der Nationalismus auf dem Vormarsch, Abschottung ist das Thema, und die neue US-Regierung unter Trump hat erklärt, dass sie von „Freihandelsabkommen“ nichts hält, das geplante Abkommen der EU mit den USA, das TTIP gilt als gestorben. Wozu also noch gegen CETA kämpfen?

CETA, das Abkommen zwischen Kanada und der EU ist verhandelt und soll ratifiziert werden. Falls es in Kraft käme, könnten alle Konzerne, die eine Niederlassung in Kanada haben, mit Hilfe von CETA gegen Regeln in der EU klagen, die ihnen im Wege stehen, also auch US-Konzerne.

## Abstimmung im Europaparlament am 15. Februar 2017

Aber noch ist es nicht zu spät: Die Abstimmung im Europaparlament über das CETA-Abkommen soll am 15. Februar 17 in Straßburg stattfinden. Nachdem sich die großen Fraktionen übereinstimmend geäußert haben, sie werden zustimmen, ist mit keinen Überraschungen zu rechnen. Allerdings soll der Protest der Bevölkerung gegen dieses Abkommen auch vor Ort zu hören und zu sehen sein, attac ruft auf, nach Straßburg zu fahren und zu protestieren.

## Proteste gegen CETA

Das CETA-Abkommen (wie TTIP auch) wurde hinter verschlossenen Türen verhandelt und nur durch öffentlichen Druck und durch gezielte Aufdeckung der Öffentlichkeit im Detail bekannt gemacht.

Die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative hat 3,5 Millionen Unterschriften im November 2015 an den damaligen Präsidenten des EU-Parlaments, Martin Schulz, übergeben, er ist weiter ein Verfechter von CETA.

Bundesweit demonstrierten im Herbst letzten Jahres über 300 000 CETA-Gegner in deutschen Städten, in Erlangen fand im Juli eine Demonstration des Bündnisses „Erlangen gegen TTIP“ statt, auf der Vertreter von Stadt, Stadtwerken, attac und anderen klar Position gegen das geplante Abkommen der Konzerne Stellung bezogen.

## Volksbegehren in Bayern

In Bayern haben wir die Möglichkeit, durch einen Volksentscheid die bayerischen Vertreter im Bundesrat zu verpflichten, gegen die Ratifizierung von CETA zu stimmen.

Die erste Hürde dazu wurde genommen: 25 000 Unterschriften wären zur Einleitung nötig, in einem Tag waren 50 000 gesammelt worden, insgesamt wurden 86 000 Unterschriften beim Innenministerium eingereicht. Das Innenministerium hat die Entscheidung, ob das Volksbegehren gegen CETA rechtlich zulässig ist, an den Bayerischen Verfassungsgerichtshof verwiesen, dieser will am 14. Februar 2017 entscheiden. Danach müssen sich 10 Prozent der Wahlberechtigten in Bayern innerhalb einer Frist von 14 Tagen auf den Rathäusern für das Volksbegehren eintragen.

## Volksentscheid – ein Instrument direkter Demokratie

Seit 1946 fanden in Bayern 19 Volksentscheide statt, unter anderem zur Rundfunkfreiheit, zum kommunalen Bürgerentscheid, zur Abschaffung des Senats. Ein Volksentscheid braucht die einfache Mehrheit, hat kein Quorum (Mindestbeteiligung).

## Die größte Hürde: Unterschriften für das Volksbegehren

Um in 14 Tagen in Bayern 950 000 Wähler in die Rathäuser zu leiten, bedarf es einer großen Zahl von lokalen Gruppen, die sich gut darauf vorbereiten. Wir von attac leisten unseren Beitrag dazu.

**Macht mit bei attac Erlangen, Treffen jeden 2. Montag im Monat um 19:30 Uhr im Dritte Welt Laden, Neustädter Kirchplatz 7**



## 10 gute Gründe gegen CETA

### 1. CETA schafft Sonderrechte für Konzerne

In Kapitel 8 des CETA Abkommens erhalten international tätige Konzerne exklusive Sonderrechte. Es schafft ein bilaterales System von Investitionsgerichten, vor denen sie gegen Kanada, die EU und ihre Mitgliedsstaaten klagen können. Diese Spezialgerichte können entscheiden, ob demokratisch beschlossene Maßnahmen, die die Gewinne der Konzerne schmälern, überhaupt legitim waren – und Staaten zu Milliardensummen Schadensersatz verdonnern.

### 2. CETA ist ein Paradies für die Industrielobby

Die „Regulatorische Kooperation“, festgeschrieben in Kapitel 21, und einige sektorale Kapitel schaffen diverse transatlantische Kooperationsforen. Dort besprechen Expert/-innen aus den Regierungen die zukünftige Politik. Doch wo Regierungen ohne Journalist/-innen und sogar ohne gewählte Abgeordnete Politik machen, geht Demokratie verloren. Es entsteht ein Paradies für die Industrielobby, die sogar als „stakeholder“ oder „interested parties“ explizit eingeladen ist, mitzureden.

### 3. CETA gefährdet die öffentliche Daseinsfürsorge

Das Abkommen erhöht den Privatisierungsdruck und macht es schwieriger, Privatisierungen rückgängig zu machen. Eine umfassende Ausnahme für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse findet sich in CETA nicht. Selbst die Wasserversorgung ist nicht ausgenommen. Daher kommt auch die Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft, ein Zusammenschluss kommunaler Wasserversorger, zu dem Schluss: „Nein zu diesem Abkommen!“

### 4. CETA gibt grünes Licht für Gentechnik

In Artikel 25.2 verpflichten sich Kanada und die EU zur Zusammenarbeit bei Zulassungsverfahren für Biotechnologie, Grenzwerten und dem Umgang mit der Freisetzung von nicht-zugelassenen genmanipulierten Organismen. Das Ziel dabei ist ausschließlich die Förderung des Handels und nicht der Schutz von Umwelt und Verbraucher/-innen oder die Eindämmung der Macht weniger Konzerne über den Saatgutmarkt.

### 5. CETA erhöht den Druck auf die bäuerliche Landwirtschaft

Mit dem Abkommen öffnen die EU und Kanada ihre Märkte für landwirtschaftliche Produkte wie Fleisch und Milch. Das geschieht ganz still im Anhang 2-A durch zollfreie Quoten und Zollsenkungen. Doch die Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind groß, denn der Druck, möglichst billig zu produzieren, steigt. Die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern wird für den Export auf globale Märkte geopfert.

### 6. CETA verhindert Umweltschutz

Wenn CETA abgeschlossen wird, werden Fortschritte beim Umwelt- und Verbraucherschutz schwieriger. Ein konkretes Beispiel: Nach den Tricksereien von Monsanto bei der Zulassung des Ackergifts Glyphosat fordert die Umweltbewegung: Wer die Zulassung für eine Chemikalie beantragt, muss seine Daten offenlegen. Doch Artikel 20.30 in CETA würde eine solche Gesetzesänderung unmöglich machen.

### 7. CETA bringt Fracking und Teersande

Die kanadische Industrie ist besonders stark, wo es besonders dreckig wird: Erdöl aus Teersanden, Fracking oder der Abbau von Buntmetallen mit giftigem Zyanid. Bereits während der Verhandlungen über CETA verbündete sich die kanadische Regierung mit der Ölindustrie, um die EU-Richtlinie über die Qualität von Treibstoffen zu verhindern, damit Europa in Zukunft Treibstoffe aus Teersanden importieren kann. Der Preis dafür: Die Zerstörung ganzer Landschaften und des Klimas.

### 8. CETA trickst die Arbeitnehmerrechte aus

Während große Konzerne Sonderrechte bekommen, wird sich kein Arbeiter und keine Arbeiterin je auf das Abkommen berufen. Obwohl sich Kapitel 23 mit „Handel und Arbeit“ beschäftigt, enthält CETA nur Minimalstandards. Und während Verstöße gegen das Abkommen ansonsten mit Strafzöllen oder Schadensersatzzahlungen bestraft werden, gibt es für Kapitel 23 einen besonderen Mechanismus: Eine Debatte von Expert/-innen in einer Arbeitsgruppe.

### 9. CETA ist unfaire Handel

CETA ist ein bilaterales Handelsabkommen zwischen zwei Industriestaaten, das die Interessen der ärmeren Länder nicht beachtet. Zusammen mit TTIP (EU-USA), FIPA (Kanada-China), TPP (Nordamerika-Asien) und einigen Abkommen der EU mit asiatischen Staaten (z. B. Japan, Vietnam, Südkorea und Singapur) entsteht ein Welthandelsregime, das die ausschließt, die schon heute arm sind. Doch wir leben alle in einer Welt: Die Armut und Instabilität in Afrika darf uns in Europa nicht egal sein.

### 10. CETA nützt der Wirtschaft nichts

Die EU-Kommission, die das Abkommen verhandelt hat, hat es ausrechnen lassen: CETA bringt insgesamt 11,6 Milliarden Euro Wachstum. Für ganz Europa sind das pro Jahr 0,08 % Wachstumsrate. Also fast nichts. Wollen wir dafür unsere Demokratie, Umwelt, Gesundheit und Rechte verkaufen?